



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

21.01.2021  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Verbesserung des ÖPNV-Angebots**

Einzelplan 07 **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 15 Allgemeine Bewilligungen Verkehr  
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 69  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung des ÖPNV-Angebotes

<u>Leistungsplan:</u>	von	Veränderung um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	662.378,9	+ 310.000,0	972.378,9
<b>Produktabgeltung</b>	12.732,0	+ 310.000,0	322.732,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

**Begründung des Änderungsantrags:**

Die vorübergehenden Fahrgastrückgänge durch die Pandemiesituation dürfen nicht von den längerfristigen Herausforderungen des Klimaschutzes und der Verkehrswende ablenken. Der Öffentliche Personennahverkehr soll gemeinsam mit dem Fuß- und Radverkehr das Rückgrat der Mobilität bilden.

Der hessische ÖPNV steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, um flächendeckend ein angemessenes und attraktives Mobilitätsangebot vorhalten und die Tarifsteigerungen im Personalbereich abdecken zu können. Um die in den kommenden Jahren zu erwartende Finanzierungslücke im hessischen ÖPNV zu schließen, stellt das Land fortan jährliche Mittel im konsumtiven und im Infrastrukturbereich zu Verfügung. 100 Millionen Euro aus diesen Mitteln sollen für die schrittweise Einführung und regionale Pilotprojekte eines umlagefinanzierten, „fahrtscheinlosen“ Nahverkehrs finanziert werden – sowie die Förderung von landesweiten Fahrpreissenkungen, beispielsweise im Rahmen von Sozialpass-Projekten. 10 Millionen Euro sollen der Förderung von digitalen Plattformen für die Verkehrswende dienen.

Das Schülerticket Hessen folgt einer guten Grundidee, krankt aber an Ungerechtigkeiten, die durch teilweise Preiserhöhungen gegenüber den vorherigen Angeboten zur Schülerbeförderung entstehen sowie der Ungleichbehandlung durch die bisherigen Regelungen zur Fahrtkostenerstattung nach dem Schulgesetz. Das Schülerticket soll allen Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das dient dem Abbau von sozialen Ungerechtigkeiten beim Schulweg, der Mobilität der Schülerinnen und Schüler und ist ein weiterer Schritt weg von der Fahrgelderhebung, hin zu einem "Nulltarif" für alle Bevölkerungsgruppen. Hierfür werden pro Schuljahr weitere 150 Millionen Euro veranschlagt und mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 in den Landeshaushalt eingestellt.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Die Fraktionsvorsitzende:

**Janine Wissler**